

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Eric Nitzinghaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhofs 4196/4199



Abdruck für Berlin und Umgebung:  
Berlin O 2 61, Zelle-Allianz-Platz 6  
Druckmeister: Copation

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Zustimmung gestattet. Abdruckung ist verboten 4 Seiten  
aus dem Charakterkopie, wenn nicht anders verordnet ist. Abdruckpreis für volle Seite 1/2 Reich.

Berlin, den 22. September 1931

Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

Die Einheit über alles.

Der Parteiausschuss gegen die Friedensgesellschaft und gegen jede Sonderorganisation innerhalb der Partei.

SPD. Ungeheuer ernst ist die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands; ungeheuer ernst ist aber auch die Lage in der übrigen Welt, wie der Zusammenbruch der englischen Finanzmacht gerade in diesen Tagen gezeigt hat. Schwere Wochen und Monate stehen uns bevor. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass diejenigen Kreise, die auf den Zusammenbruch hoffen und glauben, durch ihn ihre Diktatur aufrichten zu können, ihre Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen. Die Hugenbergparade in Stettin, die Vorbereitungen zur demagogischen Ausnutzung der Not, die im Lager der Nazis und der Kommunisten getroffen werden, sind ernste und beachtenswerte Anzeichen für die politische Hochspannung.

Diesen Katastrophenpolitikern hat sich die Sozialdemokratie mit aller Macht entgegengeworfen. Ihr ist es zu danken, dass die Hoffnung auf das Chaos bisher nicht in Erfüllung gegangen ist. Konnte sie als eine Minderheit auch nicht alle Anschläge auf die Lebenshaltung der unteren Volksschichten abwehren, so hat sie doch wertvolle sozialpolitische Errungenschaften gehalten und die schlimmsten Angriffe der Reaktion abgeschlagen. Ihr gilt deshalb in erster Linie die Todfeindschaft der Einheitsfront von Hitler, Hugenberg und Thälmann. Aber bisher hat die Sozialdemokratie alle von aussen gegen sie gerichteten Stöße ohne Schaden ertragen. Im Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse, im Kampf gegen die kommunistischen Zerstörer der Arbeiterfront stehen die in der Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften verbundenen Arbeitermassen treu und unerschütterlich zusammen. Diese Erkenntnis ist jetzt auch den Kommunisten aufgegangen. Liebevoll haben sie daher alle Bestrebungen gefördert, von denen sie eine Erschütterung der Front der Sozialdemokratie von innen heraus versprechen.

Unter diesen Gesichtspunkten haben die Beratungen des Parteiausschusses über die Bestrebungen, die auf die Bildung einer Sonderorganisation innerhalb der Sozialdemokratie gerichtet sind, erhöhte Bedeutung. Wenn auch nicht anzunehmen ist, dass die sich als "Opposition" bezeichnenden Sozialdemokraten die Absicht haben, die kommunistischen Zersetzungsmanöver zu fördern, so sind sie doch vielfach als Schutzschild für diese Versuche benutzt worden. So nur ist der leidenschaftliche Kampf zu verstehen, den die gesamte sozialdemokratische Partei gegen alle Absichten führt, durch die die Einheit der Partei gefährdet werden kann. Nicht auf die Absichten derjenigen kommt es an, die neben den von der gesamten Mitgliedschaft gewählten Körperschaften Sonderzirkel und Gruppen bilden, sondern auf die Wirkung, die dadurch ausgelöst wird. Immer wieder hat sich in der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gezeigt, dass alle sonderbündlerischen Bestrebungen ihre eigenen Entwicklungsgesetze haben und über kurz oder lang, falls nicht rechtzeitig gegen sie vorgegangen wird, zur Spaltung der Partei führen müssen.

Der Beschluss des Parteiausschusses, der mit überwältigender Mehrheit gefasst wurde, ist von A bis Z erfüllt von dem Willen, Duldsamkeit zu üben und die Einheit der Partei zu erhalten. Obwohl bereits eine ganze Reihe von Handlungen vorliegen, die klar und eindeutig einen Verstoss gegen Beschlüsse der Partei darstellen und zu energischem Einschreiten hätten Veranlassung geben können, vermeidet es der Beschluss, solche Konsequenzen bereits für die Vergangenheit zu ziehen. Lediglich gegenüber der Deutschen Friedensgesellschaft, deren politisch und moralisch anfechtbares Verhalten ein entschiedenes Abrücken unbedingt gebietet, wird die einzig mögliche Folgerung für die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gezogen.

Für die Sonderbestrebungen innerhalb der Partei aber legt der Beschluss des Parteiausschusses lediglich noch einmal eindeutig die Grundsätze fest, die durch wiederholte Parteitagebeschlüsse seit langem geltendes Parteirecht sind und deren strikteste Befolgung für die Zukunft unter allen Umständen verlangt werden muss. Diese Haltung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses ist umso mehr zu begrüßen, als sie noch einmal unzweideutig Zeugnis ablegt für den ernststen Willen, alles zu versuchen, um die Partei ungeschwächt und in voller Geschlossenheit durch die schwere Krise hindurchzubringen. Zugleich aber ist sie auch ein Beweis dafür, dass nach wie vor die Meinungsfreiheit innerhalb der Sozialdemokratie durch nichts beeinträchtigt werden soll. Allen Parteiangehörigen, die sich zu dem Programm und den Grundsätzen der Sozialdemokratie bekennen, steht die freie Äusserung ihrer politischen und taktischen Meinungen zu. In einer demokratischen Organisation aber bedarf es zur Meinungsäusserung nicht des organisatorischen Zusammenschlusses, nicht der Bildung von Sondergruppen irgendwelcher Art. Diese Sondergruppen zerstören die demokratische Grundlage der Partei, sie rufen die Gefahr hervor, dass die Minderheit mit ihrer Hilfe den Willen der Mehrheit durchkreuzt und Konflikte hervorruft, die nicht nur zur Schwächung, sondern sogar zum Zerfall der Partei führen müssen. Nicht der Meinungsfreiheit, sondern allen Sonderbestrebungen gilt deshalb der Kampf. Sie müssen verschwinden.

Wir haben die Hoffnung, dass die Gesamtpartei diesen inneren Sinn des Beschlusses ihrer leitenden Körperschaften verstehen wird. Wir richten auch an alle diejenigen, die direkt oder indirekt an solchen Sonderbestrebungen beteiligt sind, die dringende Mahnung, dem Verlangen des Parteiausschusses nach Einstellung dieser Tätigkeit Rechnung zu tragen. Wir halten es für bedeutsam, dass der letzte Absatz der Entschliessung, der den Parteivorstand auffordert, "alle zur Erhaltung der Parteieinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen", trotz aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten einstimmig angenommen wurde. Handeln alle dieser Mahnung entsprechen, dann wird die Ermächtigung an den Parteivorstand keine praktische Bedeutung bekommen, dann wird es möglich sein, die ganze Kraft der Sozialdemokratie auf den Kampf gegen ihre Gegner zu konzentrieren und für die Verteidigung der Lebensinteressen des deutschen Proletariats einzusetzen.

SPD. München, 22. September (Eig. Dr.)

Das Innsbrucker Landgericht verurteilte den steckbrieflich verfolgten Hakenkreuzler Max Hauschke, der als Rädelsführer bei der Ermordung der zwei Berliner Reichsbannerleute in der Silvesternacht festgestellt wurde, wegen Passfälschung zu 2 Monaten schweren Kerkers.

Hauschke wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Grenze bei Kufstein hatte er am 14. Juli mit dem Pass eines Münchener Nazimannes überschritten, den er mit seiner Photographie und einem falschen Polizeistempel versehen hatte. Die Fälschung wurde später bei einer polizeilichen Kontrolle in Innsbruck erkannt. Bald darauf gelang die Verhaftung des Münchener Hitlerfaschisten, der inzwischen wegen Beihilfe zur Passfälschung abgeurteilt wurde.

Trotz dieses Tatbestandes leugnete Hauschke. Es half ihm aber nichts. Das Gericht verurteilte ihn. Die Strafe gilt jedoch durch die lange Untersuchungshaft als verbüsst. Hauschke bleibt aber weiter im Innsbrucker Untersuchungsgefängnis, bis über seine Auslieferung nach Deutschland entschieden ist.

---

SPD. Der Reichskanzler empfing am Dienstag den Reichstagspräsidenten zu einer Besprechung über die Wiedereröffnung des Reichstags. In Übereinstimmung mit der Reichsregierung wird der Reichstagspräsident den Ältestenrat des Reichstags zum 12. Oktober einberufen. Am 13. Oktober tritt das Plenum zusammen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht: die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

In der Regierungserklärung wird der Reichskanzler in knappen Zügen einen Ueberblick über die Massnahmen der Reichsregierung während der Vertagung des Reichstags geben, ihre Notwendigkeit begründen und schliesslich nähere Mitteilungen über die künftigen Absichten des Kabinetts in aussen- und innenpolitischer Beziehung machen.

Der Regierungserklärung soll eine mehrtägige Debatte folgen, mit der die Beratung aller Anträge verbunden werden soll, die zur Politik der Reichsregierung vorliegen.

---

SPD. München, 22. September (Eig. Dr.)

Der bayerische Staatsgerichtshof hat die Klagen der Landesgruppen der Staatspartei, Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei und des Christlichen Volksdienstes, die das neue bayerische Wahlgesetz als verfassungswidrig angefochten haben, abgewiesen und damit die verfassungsrechtliche Gültigkeit des Wahlgesetzes bestätigt. Die genannten Parteien sahen sich zu ihren Klagen veranlasst, weil sie mit Recht befürchten müssen, dass sie infolge der im Gesetz enthaltenen Bestimmungen gegen die Splitterparteien bei einer Neuwahl des Landtages überhaupt kein Mandat erhalten. Wenn die Anhänger dieser Parteien im politischen Leben Bayerns künftig noch eine Rolle spielen wollen, zwingt sie die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum politischen Zusammenschluss. Ob es dazu kommen wird steht noch nicht fest, da die Entscheidung, ob der Landtag noch in diesem Jahr neu gewählt wird, erst Anfang Oktober fällt.

---

SPD. Der Reichsaussenminister kehrt am Donnerstag von Genf nach Berlin zurück. Er wird dem Reichskanzler sofort Bericht erstatten und ihn bei dieser Gelegenheit befragen, ob er bzw. das Kabinett ihm weiter Vertrauen schenken wollen. Die Antwort dürfte wahrscheinlich dahin lauten, dass die parlamentarische Lage den Rücktritt des Aussenministers angebracht erscheinen lässt.

Die Frage, wer Curtius folgt, wird in politischen Kreisen bereits eifrig diskutiert. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass ein neuer Minister nicht bestellt und Brüning die Leitung des Auswärtigen Amtes bis auf weiteres selbst übernimmt. Man spricht aber auch von einer Kandidatur des deutschen Botschafters in London, von Neurath, der, so oft der Abgang von Curtius und seine Nachfolge in den letzten Monaten erörtert wurden, immer wieder als künftiger Aussenminister genannt bzw. als Kandidat für dieses Amt von gewisser Seite in den Vordergrund geschoben wurde. Neurath ist seit vielen Jahren Diplomat. Irgend eine besondere Leistung konnte er während seiner langjährigen Laufbahn nicht verzeichnen. Er hat nicht besser als andere Botschafter seines Amtes gewaltet. Wenn gerade er trotzdem immer wieder als Kandidat für die Leitung des Auswärtigen Amtes genannt wird, dann ist das auf seine persönlichen Bezie-

hungen zu hohen und höchsten Amtspersonen des Reiches zurückzuführen. Es kommt hinzu, dass er politisch zu den Deutschnationalen zu rechnen ist und seine Kandidatur von dieser Seite aus ganz bestimmten Gründen unterstützt wird. Neurath's Kurs als Aussenminister kann deshalb ebensowenig zweifelhaft sein wie die Haltung der Sozialdemokratie zu dieser Politik.

-----

SPD. Genf, 22. September (Eig. Drahtb.)

Auf die Einladung der dritten Kommission zur Beratung des Antrages auf Rüstungsstillstand antwortete Argentinien am Dienstag, dass es zu den Beratungen wegen der grossen Entfernung keinen Vertreter entsenden kann. Costa Rica, Ägypten und die Türkei haben bereits Vertreter entsandt. Russland kann angeblich wegen der grossen Entfernung keinen Vertreter delegieren. Litwinow stimmt dem italienischen Antrag jedoch unter der Voraussetzung zu, dass die Aufgabe der Abrüstungskonferenz durch die Annahme des Antrages nicht beeinträchtigt wird. Ungarn liess seine Zustimmung zu dem Antrag erklären, ebenso Österreich, Indien und Südafrika.

Graf Bernstorff bezeichnete den italienischen Vorschlag im Namen der Reichsregierung als Schritt, der die Arbeiten der Abrüstungskonferenz fördern und erleichtern könne. Er unterstrich zugleich, dass ein Rüstungsstillstand nur als vorübergehend gedacht und nicht das Ergebnis der Konferenz sein dürfe.

-----

SPD. Paris, 22. September (Eig. Drahtb.)

Reichstagspräsident Löbe hat einem in Berlin weilenden Vertreter der radikalen Zeitung "Republique" auf die Frage, ob die Idee der Vereinigten Staaten von Europa seit dem Tode Stresemanns in Deutschland nicht an Terrain verloren habe, geantwortet: "Nein, das ist nicht richtig, aber der Enthusiasmus ist verschwunden, weil unser Volk gemerkt hat, dass unsere Nachbarn keineswegs an die allgemeine Abrüstung denken. Deutschland ist für die Vereinigten Staaten von Europa, aber es will in diese Föderation auf dem Fusse der Gleichberechtigung mit allen Völkern eintreten."

Inbezug auf den Versailler Vertrag erklärt Löbe: "Die Artikel des Versailler Vertrages, die gegen Deutschland gerichtet sind, sind Punkt für Punkt ausgeführt worden, diejenigen, die von einem gewissen Geiste internationaler Gerechtigkeit getragen sind oder die Lage Deutschland etwas verbessern könnten, sind nicht ausgeführt."

Auf die Frage, für was sich Deutschland, wenn ihm die Wahl zwischen Revision der Reparationen, allgemeine Abrüstung und Wiedereinverleibung des polnischen Korridors gelassen würde, zuerst aussprechen würde, erwiderte Löbe: "Das Reparationsproblem erscheint mir als diejenige Frage, die am dringendsten zu lösen ist. Die allgemeine Abrüstung kann im übrigen nicht sofort durchgeführt werden....."

-----

SPD. Der Reichspräsident empfing am Dienstag den neuernannten französischen Botschafter Francois-Poncet zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Im Vorhof des Reichspräsidentenhauses erwies eine Ehrenwache dem Botschafter die militärischen Ehrenbezeugungen. An dem Empfang nahm ausser der Umgebung des Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. von Bülow in Vertretung des zurzeit in Genf weilenden Reichsministers des Auswärtigen teil. Der Botschafter führte in seiner Ansprache aus :

"Die hohe Mission, mit der ich betraut und deren voller Bedeutung ich mir bewusst bin, ist mir unter Verhältnissen übertragen worden, die zu mancher Be-

sorgnis Anlass geben. Die gesamte Welt leidet unter einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich seit Monaten fortsetzt, niemand schont und unter den Völkern ein Gefühl der Unruhe verbreitet. Diese Lage erfordert von allen Staaten - insbesondere von Frankreich und Deutschland -, dass sie ihre Anstrengungen auf eine zielbewusste Zusammenarbeit richten. Dies ist die Ueberzeugung der Regierung der Französischen Republik. Sie hat sie in Genf ausgesprochen, sie hat sie den deutschen Ministern gegenüber gelegentlich ihres Besuches in Paris zum Ausdruck gebracht. Sie wird sich zu dieser Ueberzeugung demnächst in Berlin erneut bekennen, wenn der Ministerpräsident und der Minister des Auswärtigen der Französischen Republik der lebenswürdigen Einladung, die an sie ergangen ist, Folge leisten werden. Die französische Regierung wünscht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften den Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern das Höchstmass an Festigkeit und Sicherheit zu geben. Dem Beispiel meines hervorragenden Vorgängers folgend, werde ich mein möglichstes tun um diese Absichten meiner Regierung zu fördern. Um meine Aufgabe entsprechend erfüllen zu können, wäre es für mich wertvoll, Ihre Unterstützung, Herr Reichspräsident, zu finden, der Sie, von der Achtung aller umgeben, so würdevoll die Geschicke des deutschen Volkes lenken."

Der Reichspräsident erwiderte: "Sie treten Ihr hohes und verantwortungsvolles Amt in einer besonders schweren Zeit an. Die grosse Gefahr, welche die ausserordentliche Wirtschaftskrise für die ganze Welt bedeutet, ist auch nach meiner Ueberzeugung nur durch Zusammenwirken aller Völker zu bannen. Bei solcher gemeinsamen Abwehr von Not und Zusammenbruch hat das Schicksal Deutschland und Frankreich eine besondere Aufgabe zugewiesen. Sie wird nur dann erfolgreich zum Heile Europas und der gesamten Welt gelöst werden können, wenn die beiden Völker an sie mit dem Willen zur Verständigung im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit herangehen. Die Absichten der Französischen Regierung, ein solches gedeihliches Zusammenarbeiten auf der Grundlage vertrauensvoller Beziehungen herbeizuführen, begegnet sich durchaus mit unseren aufrichtigen Wünschen, deren Erfüllung auch der bevorstehende Besuch der führenden Staatsmänner Frankreichs in Berlin fördern möge."

Hieran schloss sich eine Unterhaltung, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten die Mitglieder der Botschaft vorstellte.

SPD. Wien, 22. September (Eig. Drahtb.)

Im Hauptausschuss des Nationalrats erstattete der Bundeskanzler am Dienstag Bericht über seine Genfer Verhandlungen. Der Hauptausschuss gab dann einstimmig seine Zustimmung dazu, dass durch Ersparungen die Ausgaben auf höchstens 1900 Millionen Schilling herabgesetzt und die Einnahmen mit 2000 Millionen Schilling festgelegt werden. Davon sind 100 Millionen für die Tilgung kurzfristiger Schulden bestimmt. Für das Jahr 1931 bedeutet das eine Ersparung von 35 Millionen Schilling.

Der Bundeskanzler erklärte, dass die Hälfte der Ersparungen durch Verminderung des Personalaufwandes gedeckt werden solle. Die Sozialdemokraten erklärten, dass sie die Herabsetzung der Ausgaben auf 1900 Millionen Schilling für möglich halten, aber jede Senkung der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge entschieden ablehnten. Kürzungen der Ausgaben seien beim Bundesheer, bei der Polizei und der Gendarmerie möglich. Die Erhöhung der Einnahmen sei durch Erhöhung der Steuern auf grosse Einkommen und Vermögen gegeben. Eine Herabsetzung der Beamtenbezüge halte sie nur für möglich, solange ihre Forderungen nicht erfüllt seien.

Der Bundeskanzler erklärte zum Schluss der Sitzung, dass er das Parlament für den 30. September einberufen und dort seine Vorlagen einbringen werde.

SPD. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratie beschäftigte sich am 22. September mit den in der Partei hervortretenden organisatorischen Sonderbestrebungen. Seine Auffassung darüber kommt in folgender Erklärung und Entschliessung zum Ausdruck :

"Die propagandistischen und organisatorischen Arbeiten der Partei erfolge unter Verantwortung und durch die von der gesamten Mitgliedschaft gewählten Körperschaften in den einzelnen Orten und Bezirken. Deshalb beschloss der Parteitag zu Heidelberg in dem Antrage Nr. 96, der von der Zwickauer Bezirksorganisation gestellt war :

"Der Parteitag wolle beschliessen, Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind verboten."

In Konsequenz dieses Beschlusses beschloss der Parteiausschuss in seiner Sitzung vom 14. Juli 1931, in welcher er sich mit dem bekannten "Mahnruf" in Nr. 13 des "Klassenkampf" befasste, dass die Einheit und Geschlossenheit der Partei in der gegenwärtigen Sturmzeit mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit sei. Er stellte fest, dass auf der Grundlage der "Marxistischen Büchergemeinde" Ansätze von Organisationen geschaffen seien, die in der Partei ein organisatorisches Sonderleben nach eigenen Gesetzen führten. Er beschloss deshalb, im Sinne des Heidelberger Parteitagsbeschlusses, dass jede Betätigung für diese sonderorganisatorischen Bestrebungen unvereinbar mit den Interessen der Partei sei und als parteischädigende Handlung angesehen werden müsse. Er forderte die Einstellung aller Sonderaktionen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei.

Gegen diesen Beschluss erhob sich nur die Stimme eines an den verurteilten Bestrebungen beteiligten Parteiausschussmitgliedes. Die von dem Parteiausschuss ausgesprochene Warnung fand leider nicht die im Interesse der Parteieinheit so dringend notwendige Beachtung. Die "Marxistische Büchergemeinde" setzte ihre Arbeiten unter dem Namen "Freie Verlagsgesellschaft m. b. H." fort. Hier war schon früher die Zentrale der vom Parteiausschuss getadelten sonderorganisatorischen Einrichtungen. Diese Verlagsgesellschaft liess am 4. September 1931 eine Wochenzeitschrift "Die Fackel" erscheinen, die in einer "Geburtsanzeige" ausdrücklich als gegen die "Leipziger Demokratie" gerichtet bezeichnet wurde. Damit ist der Kampfcharakter dieses ausserhalb der Partei stehenden Blattes gegen den Leipziger Parteitag, seine Beschlüsse und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands offen zugegeben.

Für die Verbreitung dieser Zeitschrift und zur Schaffung eines Vertrauensmännerkörpers beschaffte man sich von Angestellten der Partei durch Verleitung zur Untreue das erforderliche Adressenmaterial im Reiche. Man versuchte, durch im Dienst der Parteipresse beschäftigte Werber den Vertrieb der "Fackel" und der Roten Bücher der "Marxistischen Büchergemeinde" in die Wege zu leiten. Ohne Kenntnis der Parteinstanzen sollte der Organisationsapparat oder die Mitgliedschaft in den Dienst dieser Sonderaktionen gestellt werden.

Alle diese Handlungen sind ein schwerer Verstoss gegen den Beschluss des Heidelberger Parteitages und ein bewusstes Zu widerhandeln gegen den als letzte Mahnung gefassten Beschluss des Parteiausschusses vom 14. Juli 1931. Jede weitere Duldung eines solchen zur Parteispaltung führenden Treibens würde alle verantwortlichen Parteinstanzen mitschuldig machen.

Dazu kommt die durch führende Personen der Deutschen Friedensgesellschaft durch Aufrufe und Unterschriftensammlung geförderte Gründung einer "Linksozialistischen Arbeitsgemeinschaft", die sich offen gegen die Sozialdemokratische Partei wendet und zur Schaffung einer "neuen Gemeinschaft" aufruft. Auch hier wendet man sich an Funktionäre der Partei und versucht, Vertrauensmänner und Mitglieder zu werben.

So bestätigt sich, was der Parteiausschuss in seiner Erklärung vom 14. Juli sagte, dass - gewollt oder ungewollt - jene parteizerstörerischen Tendenzen ihre eigenen Entwicklungsgesetze haben. Für Mitglieder der Sozialdemokrati-

schen Partei, die gleichzeitig der Deutschen Friedensgesellschaft angehören, darf es nach jenem Aufruf der "Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik" vom 12. September 1931 keine Frage sein, dass sie aus der Deutschen Friedensgesellschaft auszuschneiden haben.

Der Parteiausschuss beschliesst, dass die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft und die Mitarbeit an der Zeitschrift: "Das Andere Deutschland" unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Er beschliesst dasselbe für alle diejenigen, welche entgegen dem Heidelberger Beschluss sich an Sonderbestrebungen beteiligen, wie sie durch die Gründung und Unterstützung der "Freien Verlagsgesellschaft" zum Ausdruck kommen.

Der Parteiausschuss fordert den Parteivorstand auf, alle zur Erhaltung der Parteeinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen."

SPD. Braunschweig, 22. Sept. (Eig. Dr.)

Der Nazi-Minister Klagges hat seine Dienstgeschäfte mit einer ungeheuren Provokation der braunschweigischen republikanischen Bevölkerung aufgenommen.

Am letzten Sonntag fand in Braunschweig ein Aufmarsch aller SA-Gruppen der weiteren und näheren Umgebung Braunschweigs in Braunschweig statt. Das bestehende Demonstrationsverbot war zu diesem Zweck aufgehoben worden. Für Dienstag hatte das Jungreichsbanner einen Werbemarsch angemeldet, der am Montag auch genehmigt worden war. Eine Stunde vor Abmarsch der Reichsbannerjugend wurde der Ortsführung folgende Verfügung mitgeteilt: "Der von dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer, für den 22. September 1931 geplante Aufzug durch die Strassen der Stadt wird auf Grund des § 1 Absatz 1 Ziffer 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 verboten, weil nach den Umständen zu besorgen ist, dass die öffentliche Sicherheit und die Ordnung gefährdet wird. Der unter dem 21. September erteilte Erlaubnisschein verliert hiermit seine Gültigkeit."

Die Verfügung ist auf Anordnung des Nazi-Ministers Klagges ergangen. Dabei steht fest, dass bisher schon alle SA-Umzüge von einer starken Polizeiabteilung begleitet werden mussten, während alle bisherigen Umzüge des Reichsbanners ohne jeden polizeilichen Schutz vor sich gegangen und störungsfrei verlaufen sind.

SPD. Hugenbergs Stettiner Kampfansage an das Zentrum ist von der Partei des Reichskanzlers mit einer Entschiedenheit und Entschlossenheit zur Abwehr aufgenommen worden, die das Gegenteil von dem von Hugenberg erstrebten Ziele zur Folge hat. Hugenberg wollte den Reichskanzler in den Augen seiner eigenen Anhänger treffen. Erreicht hat er; dass sich das Zentrum geschlossener denn je vor und hinter seinen Reichskanzler stellt. Die Kluft zwischen Zentrum und Deutschnationalen, die Kluft zwischen Brüning und Hugenberg, dürfte niemals so gross gewesen sein wie heute nach der Stettiner Fanfare des deutschnationalen Parteiführers. Das beste Barometer dafür ist die Zentrums Presse. Es gibt kein Zentrumsblatt, das in diesen Tagen nicht mit aller Entschiedenheit gegen Hugenberg und seine politischen Kampfmethoden für den Reichskanzler Stellung genommen hätte.

Der "Pressedienst der Zentrums Partei" schreibt neuerdings zu Hugenbergs Stettiner-Attacke:

"Wenn die Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten den törichten

törichtem Glauben haben sollten, es werde das Zentrum tatenlos zusehen, wie Herr Hugenberg oder Adolf Hitler das deutsche Volk in neues Elend hineinzuführen beabsichtigen, dann werden wir sie kraftvoll genug des Besseren belehren. Wir werden sie zu keiner Stunde im Unklaren darüber lassen, dass das Zentrum jedem Versuch, das Kabinett Brüning zu stürzen, sich in geschlossener Front gegenüberstellt, dass es niemals daran denken wird, etwa mit den Deutschnationalen eine neue Regierung zu bilden, nachdem diese vielleicht dieses Kabinett gestürzt hätten. Und noch eines sei den Herren auf der Rechten mit der notwendigen Deutlichkeit heute schon gesagt, damit sie sich auch hier keinen falschen Illusionen hingeben: Sollten jemals die Deutschnationalen die Herrschaft in Deutschland antreten, um das Chaos, einen Trümmerhaufen zu bereiten, dann würde das Zentrum nicht wieder bereit sein, ein solches Erbe anzutreten. Wir greifen den uns von Herrn Hugenberg hingeworfenen Fehdehandschuh auf. Wir werden zu kämpfen wissen, allerdings mit anderen Methoden wie Hugenberg, Oberfohren und Doehring. Dafür ist uns die Zeit zu ernst. Aber, was sich in Stettin schon offen zeigte, das politische Gaukelspiel, die Sabotagepolitik die auf dieser Rechten betrieben wird, über die werden wir zum deutschen Volke sprechen, werden dieser von verhängnisvollen Folgen begleiteten Katastrophopolitik die aufrichtige, ehrliche und wahrhafte Politik der Sachlichkeit gegenüberstellen."

Die Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Deutschnationalen dürfte vorerst kaum ihren Abschluss finden. Das Zentrum rüstet zu einem neuen Abrechnungskampf mit den Deutschnationalen im Lande, der seinen Widerhall auch in der bevorstehenden Tagung des Reichstags finden wird.

SPD. Genf, 22. September (Eig. Draht.)

Der Völkerbundsrat hat am Dienstag in zwei ausgedehnten Sitzungen auf Anrufung der chinesischen Regierung vorläufig mit dem Appell an Japan und China zur Einstellung der Feindseligkeiten in der Mandschurei geantwortet. Inzwischen soll die Zurückziehung der Truppen aus der Mandschurei vorbereitet werden.

Die ausserordentliche Ratssitzung begann mit der Begründung der Anrufung aufgrund des Artikels 11 des Völkerbunds Paktes (drohende Kriegsgefahr) durch Chinas Vertreter Sze. Er verlas zwei Telegramme aus Nanking, aus denen die völlige Besetzung des Riesengebietes, die Besitzergreifung der chinesischen Eisenbahnlinien, die Vertreibung chinesischer Beamter und ihrer Ersetzung durch Japaner hervorgeht. Die Situation habe sich seit Montag erheblich verschärft. Es sei daher die Frage, ob ausser Artikel 11 des Völkerbunds Paktes noch andere Artikel angewandt werden müssten. Der Rat müsse eine direkte Aktion bei Japan zur Friedenssicherung unternehmen.

Yoshizawa-Japan suchte Zeit zu gewinnen mit der Erklärung, er habe keine Instruktionen seiner Regierung. In der Mandschurei habe Japan ungeheure Interessen. Es könne keine Ueberfälle anerkennen. Die Ereignisse seien hervorgerufen worden durch Zerstörungen von Eisenbahnlinien seitens chinesischer Truppen. Der Einmarsch sei nötig gewesen zum Schutze der japanischen Bahnen, sowie des Lebens und Eigentums der Japaner. Seit Jahren seien diese Interessen durch China bedroht. Reparationsforderungen seien für Japan unannehmbar, weil China der Urheber der Ereignisse sei. Seine Regierung habe nicht die Absicht, die Lage zu verschärfen. Die Truppen seien angewiesen, den Fall zu lokalisieren. Er habe Nachricht, dass ein hoher Beamter Chinas jetzt Verhandlungen angeboten habe. Er verlange deshalb Vertagung bis zur nächsten Sitzung, da nur durch solche Verhandlungen der Konflikt beigelegt werden könne.

Sze-China betonte nochmals die Bereitschaft Chinas, die Entscheidung einer Sonderkommission des Völkerbundes anzuvertrauen. Der Rat habe durch den Völkerbunds pakt die Pflicht zum Eingreifen. Keine Nation habe das Recht, Präven-



tivmassnahmen durchzuführen. Wie sollte China zu direkten Verhandlungen kommen, wenn das Land von japanischen Truppen besetzt sei und die andere Partei Gewalt anwende. Solche Verhandlungen seien nur möglich, wenn die Besetzung aufgehoben werde. Japans Vertreter habe auch die Berechtigung des Rates zum Eingreifen angezweifelt. Selbst weniger schwere Fälle seien vom Rat entschieden worden. Es müssten sofortige Schritte unternommen werden.

Noch zweimal verfochten beide Delegierte ihre Anträge, dann gab Lord Cecil die Grundlage für die Entscheidung. Der Rat sei nicht im Besitz der notwendigen Informationen für eine solche Entscheidung. Vorläufige Massnahmen aber seien möglich. Das sei nicht der erste Fall dieser Art, daher habe der Rat eine Art fester Prozedur zum Handeln. Beide Parteien müssten ihre Bereitschaft zu Verhandlungen geben. Es müsse ferner ein ernster Appell an die Truppen beider Parteien gerichtet werden, sich aus dem Gebiet der anderen Macht zurückzuziehen. Der Ratspräsident könne mit den Parteien die Form dieses Appells festsetzen. Man müsse den Vereinigten Staaten von Nordamerika die ganzen Vorgänge mitteilen, da sie an der Einhaltung des Kellogg-Paktes als eine der Garantie-mächte stark interessiert seien.

In der Nachmittagssitzung erklärte Yoshiwaza, er stimme mit Lord Cecil überein. Japan werde den Kellogg-Pakt stets achten. Er wolle die Bedingungen in der Mandschurei näher darlegen. Die Investitionen Japans in diesem Land betrügen über zwei Milliarden Yen (4,1 Milliarden Mark). Leider beständen Hunderte von strittigen Fragen zwischen Japan und China. Seit Beginn dieses Jahres habe sich das Verhältnis zwischen den japanischen Behörden und der lokalen Bevölkerung sehr zugespitzt. Japan habe stets versucht, die strittigen Fragen zu regeln. Der Zwischenfall müsse danach beurteilt werden.

Sze-China betonte, die Situation habe sich nach den Telegrammen, die er seit der Morgensitzung erhalten habe, von Minute zu Minute verschlechtert. Die Zeit sei das kostbarste bei dieser Angelegenheit. Hunderte von Chinesen würden getötet, einschliesslich Frauen und Kinder. Sze rief mit dieser Erklärung stärkste Bewegung beim Völkerbundsrat hervor. China sei gern bereit, alle Fragen durch Verhandlungen zu lösen. Die Grundfrage sei die Invasion in chinesisches Gebiet. Andere Fragen könnten hier gar nicht zur Debatte stehen. Wenn die Autorität des Rates wirkungsvoll gewahrt werden solle, müsste sofort gehandelt, die immer rascher erfolgende Besetzung gestoppt und die japanischen Truppen zurückgenommen werden.

Der spanische Aussenminister und gegenwärtige Ratspräsident Lerroux nahm für den Rat Kenntnis von dem japanischen Wunsch, die Frage bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Er wurde dann vom Rat zu folgenden Handlungen ermächtigt: 1. wird eine dringende Aufforderung an beide Regierungen gerichtet, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Verschlechterung der Lage herbeiführen oder die friedliche Regelung der Frage präjudizieren könnte, 2. soll zusammen mit dem chinesischen und dem japanischen Vertreter nach geeigneten Mitteln gesucht werden, die den beiden Ländern erlauben, sofort ihre Truppen zurückzuziehen, ohne dass die Sicherheit des Lebens ihrer Landsleute und der Schutz ihres Eigentums gefährdet wird, 3. werden zu Informationszwecken die Verhandlungsberichte der Ratssitzungen und die Dokumente der Streitfragen der Regierung der Vereinigten Staaten mitgeteilt.

Der deutsche Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärte dazu kurz, die Entscheidung könne vorläufig angenommen werden. Es seien jedoch nur erste Schritte. Der Rat müsse alsbald weitere Massnahmen ergreifen. Massigli-Frankreich unterstrich diesen "sehr glücklichen" Standpunkt des deutschen Vertreters und bestand auf raschestem Handeln. Das verlangten auch Braatland-Norwegen, Grandi-Italien und Sokal-Polen. Schliesslich beantragte Sze für Mittwoch eine neue Ratssitzung. Dem hielt Yoshizawa entgegen, er wisse nicht, ob er dann schon die nötigen Instruktionen habe. Lord Cecil und der Ratspräsident forderten ihn auf, für die Beschaffung dieser Informationen so rasch als möglich Sorge zu tragen. Der Rat ging auseinander mit dem Beschluss, dass diese neue Ratssitzung sobald als möglich einberufen wird.

SPD. London, 22. September (Eig. Drahtb.)

Der Börsenvorstand hat für Mittwoch die Wiedereröffnung der Londoner und der englischen Provinzbörsen beschlossen.

Dieser Beschluss kommt überraschend, da man noch am Dienstag-Vormittag damit gerechnet hatte, dass die Börsen die ganze Woche über geschlossen bleiben würden. Ebenso überraschend ist die Massnahme des Schatzamtes, die den Ankauf von Devisen ausser zu den üblichen Handelszwecken verbietet. Man hatte gehofft sich derartige Zwangsmassnahmen sparen zu können, wenn sich auch die Regierung die Vollmacht zu ihnen hatte geben lassen. Es hat sich jedoch gezeigt, was offiziell nicht zugegeben wird, dass die Kapitalflucht bereits eingesetzt hat. Man muss auch damit rechnen, dass die Regierung Massnahmen gegen die Preistreibeerei wird ergreifen müssen. Die englischen Eisenbahngesellschaften, die Liniennach dem Kontinent betreiben, kündigen bereits für Mittwoch eine Preissteigerung an, die teilweise bis zu 20 Prozent geht. Begründet wird dieses Vorgehen, das man zumindestens als überstürzt bezeichnen muss, mit den Schwankungen des Pfundkurses. Da die Eisenbahngesellschaften ein geradezu vorbildliches Ansehen in England geniessen, muss man befürchten, dass ihr schlechtes Beispiel auf alle Zweige des Handels wirken wird, die in mehr oder minder berechtigter Weise auf ihre Abhängigkeit vom Auslande hinweisen können. Das zeigt dass die Aufhebung des Goldstandards noch nicht so ruhig und freudig hingenommen wird, wie man es erwartet hatte.

Auch inbezug auf die innenpolitische Lage ist nicht die Entspannung eingetreten, die man erhofft hatte. Die Konservativen stellen keineswegs ihre Propaganda für sofortige Wahlen ein, vielmehr verstärken sie sie neuerdings noch. Die Ablehnung baldiger Wahlen durch die Liberalen, wenigstens soweit diese noch freihänder sind, ist dagegen stärker geworden. Sie sehen ein, dass die importeinschränkende und exportanregende Wirkung der Pfundentwertung einen Tarif überflüssig macht. Die Arbeiterpartei ist nach wie vor gegen sofortige Wahlen. Von den Meinungsverschiedenheiten über den Wahltermin ist auch die Regierung erfasst. Die Konservativen haben die Regierung inzwischen offiziell um die baldige Auflösung des Parlaments ersucht. Eine Antwort haben sie bisher nicht erhalten. MacDonald hat jedoch erst kürzlich einen konservativen Antrag auf Abkürzung der gesetzlichen dreiwöchentlichen Frist für die Wahlkampagne abgelehnt. Am Dienstag hat sich der Ministerpräsident auf ärztlichen Rat auf Land begeben.

Von Seiten der Wahlgegner wird neuerdings die Erweiterung der jetzigen Regierung durch Eintritt von Führern der Arbeiterpartei propagiert. Man will auf diese Weise ohne Wahlen eine nationale Regierung zustandebringen. Tatsächlich haben zwischen der Regierung und Henderson darüber Verhandlungen stattgefunden. Henderson hat am Montag im Unterhaus auf den Appell Snowdens zur nationalen Einigkeit seine Mitarbeit von der Zurückziehung des Sparprogramms, das die Kürzung der arbeitslosenunterstützung enthält, abhängig gemacht, eine Bedingung, die von der Regierung natürlich nicht angenommen wurde. Trotzdem sind die Bemühungen um seine Mitarbeit in der Regierung fortgeführt worden. Die Kreise, die Henderson gewinnen wollen, setzen ihre Hoffnung darauf, dass der Führer der Arbeiterpartei von den Mitgliedern der JLP in den letzten Tagen stark angegriffen worden ist. Am Dienstag-Nachmittag wiederholten sich diese Angriffe im Rahmen einer Versammlung der Parlamentsfraktion der Labour-Party. Innerhalb der Arbeiterpartei spielt sich gegenwärtig ein scharfer Kampf zwischen dem rechten und dem linken Flügel ab. Es wäre jedoch übertrieben, den Verhandlungen zwischen der Regierung und Henderson eine grosse Bedeutung beimessen. Die Schwierigkeiten, die einem Eintritt Hendersons in die jetzige Regierung entgegenstehen, sind zu gross. Auf jeden Fall muss die Regierung sich bald entscheiden, ob sie das Parlament auflösen will oder nicht.

SPD. Paris, 22. September (Eig. Drahtb.)

Finanzminister Flandin hat sich einem Redakteur des "Intransigeant" gegenüber sehr befriedigend über die Haltung der Pariser Börse geäußert. Man dürfe die Schwierigkeiten Englands nicht unterschätzen, fügte Flandin hinzu, aber man dürfe die Ereignisse auch nicht dramatisieren. Die Welt werde auch diese Krise, ebenso wie die früheren überwinden. Der psychologische Faktor habe auf dem Gebiete des Kredits eine grosse Bedeutung. Wenn er, wie in Frankreich 1926, sich in gutem Sinne auswirke, genüge dies um eine als ernst angesehene Situation mit erstaunlicher Geschwindigkeit zu verbessern.

Die Pariser Börse hat sich am Dienstag nach der festen Haltung der New Yorker Schlussbörse vom Montag wieder erholt. Fast alle französischen Industrieaktien und die internationalen Valutawerte konnten einen Teil ihrer Verluste vom Vortage wieder ausgleichen. Nur einige Papiere, die am Montag der allgemeinen Baisse nicht gefolgt waren, gaben am Dienstag etwas nach. Am Devisenmarkt wurden die Notierungen am Dienstag wieder aufgenommen. Das englische Pfund setzte mit 105½ ein und schloss bei geringen Umsätzen mit 104. Auch alle übrigen Devisen waren schwach, besonders Spanien und Italien. In hiesigen Finanzkreisen glaubt man, dass das englische Pfund etwa beim Kurs von 100 Francs stabilisiert und Frankreich an einer Stabilisierungsanleihe teilnehmen wird.

SPD. Im Berliner Kurfürstendamm-Prozess beantragte der Staatsanwalt am Dienstag abend gegen die Angeklagten Brandt, den Jungstahlhelmführer von Charlottenburg, Gewehr, den Leiter einer Wache der SA, und Ponke, einen Truppführer der SA, wegen Rädelsführerschaft je 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Der Antrag gegen den Angeklagten Kühns, der das Auto der Hauptakteure Helldorf und Gewehr gefahren hatte, lautete wegen Beihilfe auf zwei Jahre Gefängnis, gegen den nationalsozialistischen Sturmführer Fischer wegen Anstiftung und Landfriedensbruch auf 2½ Jahre Gefängnis, gegen die Angeklagten Riedel und Meede schliesslich wegen schweren Landfriedensbruchs auf ein Jahr neun Monate Gefängnis. Für den Angeklagten Schubert, Mitglied des berüchtigten Mordsturm 33, hielt der Staatsanwalt ein Jahr, fünf Monate Gefängnis wegen einfachen Landfriedensbruchs und Verstosses gegen die Waffenverordnung für angebracht. Der Antrag gegen den Angeklagten Uttoph lautete wegen einfachen Landfriedensbruchs und Beamtenbeleidigung auf ein Jahr einen Monat Gefängnis. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte Staatsanwalt Schade, soweit sie unter 21 Jahre sind, wegen einfachen Landfriedensbruchs je ein Jahr Gefängnis und soweit sie über 21 Jahre alt sind, wegen des gleichen Delikts ein Jahr drei Monate Gefängnis.

SPD. Essen, 22. September (Eig. Drahtb.)

In Essen begannen am Dienstag die Verhandlungen in der Arbeitszeitfrage für die Gruppe Nordwest. Die Gewerkschaften forderten eine Arbeitszeitverkürzung auf wöchentlich 48 Stunden für die Hüttenindustrie und auf 40 Stunden für die weiterverarbeitende Industrie. Nach 2½ stündiger Dauer wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf den 28. September vertagt, weil man die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und die Massnahmen der Reichsregierung abwarten will.

Die Bergbau AG. Lothringen entlässt auf der Zeche Präsident in Bochum 300 Arbeiter. Die Klöckner-Werke entlassen auf der Zeche Jkern I/II 350 Arbeiter und 15 Angestellte.

SPD. Wien, 22. September (Eig. Drahtb.)

Die Wiener Staatspolizei teilt gegenüber ausländischen Meldungen mit, dass ihr von einer Absicht Pfriemers, nach Österreich zurückzukehren, nichts bekannt sei. Der Haftbefehl des Grazer Landgerichts gegen Pfriemer bestehe zu Recht. Pfriemer müsse infolgedessen bei einer Grenzüberschreitung sofort verhaftet werden.

-----

SPD. Zürich, 22. September (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Nationalrat Grimm hat zu den schweizerisch-deutschen Diskussionen über die gegenwärtigen Handelsbeziehungen im Parlament eine Interpellation eingebracht, die auf die Genfer Rede des schweizerischen Delegierten Stucki verweist und dann erklärt, dass der Rede programmatische Bedeutung zukomme. Sie betone, dass die Schweiz, nachdem das System der zweiseitigen und der mehrseitigen Handelsverträge Schiffbruch gelitten habe, genötigt sei, eine neue Handelspolitik einzuschlagen, Schutzmassnahmen gegen die Einfuhr ausländischer Waren zu ergreifen, die Einfuhr zu kontingentieren und zu vermindern und dadurch prinzipiell falsche Wege zu gehen. Die Interpellation fragt daher, ob der Bundesrat, nach dessen Instruktionen Direktor Stucki in Genf gesprochen habe, nicht der Meinung sei, dass die Ankündigung eines so folgenschweren Wendepunktes in der schweizerischen Handelspolitik erst hätte erfolgen dürfen, nachdem er sich der Zustimmung der Bundesversammlung versichert hätte.

-----

SPD. Der französische Botschafter in Berlin Francois-Poncet stellte sich am Dienstag der in- und ausländischen Presse vor.

Poncet führte u. a. aus: "Nur eine immer enger geknüpfte Solidarität verbindet die Nationen miteinander, nur eine ehrlich gemeinte Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe werde Europa und die Welt instandsetzen, eine besonders schwierige Periode ohne allzu grosse Leiden zu überwinden. Die französische Regierung ist, soweit es in ihrer Macht steht, bereit, alle Mittel zu versuchen, um mit Deutschland zu beständigen Beziehungen und einer wirksamen Zusammenarbeit zu gelangen."

-----

SPD. Genf, 22. September (Eig. Drahtb.)

In den Verhandlungen zwischen den Parteien und dem Rat wegen des Konflikts in der Mandschurei leistete Japan entschiedenen Widerstand gegen den vierten Punkt, den der Rat in seiner Entscheidung verkünden wollte, nämlich die Entsendung einer aus den Militärattachés der fremden Mächte in Peking und Tokio bestehenden Militärkommission in das besetzte Gebiet. Japan fühlt sich schon durch die drei anderen Punkte sehr stark berührt und betrachtet die Reden von Cecil, Curtius und den anderen Ratsmitgliedern bereits als offene Stellungnahme gegen seine Aktion. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der vierte Punkt auch gegen Japans Widerstand noch angenommen wird, wenn sich die Besetzung in den nächsten 24 Stunden weiter ausdehnen sollte. Der Grad der Wirksamkeit der Ratsentscheidung hängt auch sehr stark von der Haltung Amerikas ab, das man in dieser schwierigen Frage unter Berufung auf den Kellogg-Pakt absichtlich hereingezogen hat.

-----

SPD. Dresden, 22. Sept. (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag gab der sächsische Ministerpräsident Schieck in einer Pressebesprechung den Inhalt der sächsischen Sparnotverordnung bekannt.

Schieck führte u.a. aus; Er rechne damit, dass das Reich eine besondere Hilfsaktion zugunsten der Wohlfahrtserwerbslosen unternahme und die Länder dadurch Beträge, die sie jetzt den Gemeinden zuführen müssten, erhalten. Unter dieser Voraussetzung sei für die Monate September bis März mit einem Fehlbetrag von 17,8 Millionen Mark zu rechnen. Diesem Fehlbetrag könnte die Landesregierung von der Einnahmenseite nicht beikommen und deshalb müssten Ersparnisse durchgeführt werden. In der Sparverordnung seien deshalb Änderungen im Behördenaufbau vorgesehen. Die Zahl der Amtshauptmannschaften, die den preussischen Landkreisen entsprechen, werde von 28 um 3 vermindert werden. Ferner werde von den 5 sächsischen Kreishauptmannschaften (Regierungsbezirken) die Bautzener Kreishauptmannschaft aufgelöst. Der wahlfreie Unterricht an der Volksschule und an der Berufsschule, der über die verbindliche Wochenstundenzahl hinausgeht, werde beseitigt werden. Die Pflichtstundenzahl der Lehrer werde heraufgesetzt. Die Volksschulklassen sollen auf durchschnittlich 35 Schüler aufgefüllt werden. Die in Sachsen bestehende Schlachtsteuer werde um 50 Prozent, die Stempelsteuer um 20 Prozent erhöht. Zu den Gerichts- und Verwaltungskosten komme ein Zuschlag von 15 Prozent. Die Gehälter der Beamten würden allgemein um 5 Prozent in Ortsklasse A und 4 Prozent in den übrigen Ortsklassen gekürzt. Dazu komme der Wegfall von Zuschlägen. Das kürzungspflichtige Dienststeinkommen werde sich jedoch nicht um mehr als 7 Prozent in Ortsklasse A und nicht um mehr als 6 Prozent in den übrigen Ortsklassen vermindern. Beamte über 60 Jahre könnten unter Umständen auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden. Die Gehälter der Gemeindebeamten sollen im wesentlichen in ähnlicher Weise Beschränkungen unterworfen werden. Ausserdem soll den Gemeindeleitungen die Befugnis erteilt werden, alle Massnahmen durchzuführen, die zur Erzielung des Gleichgewichts im Gemeindehaushalt erforderlich seien.

-----

SPD. Essen, 22. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat das kommunistische "Ruhrecho" mit seinen sämtlichen Kopfblättern in Duisburg, Dortmund und Bielefeld wegen der Veröffentlichung des Telegramms des kommunistischen Zentralkomitees an die Matrosen der englischen Flotte verboten. Das Verbot gilt bis zum 19. Oktober.

-----

# Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

## Demokratie ein Missverständnis?

SPD. Die rechtsradikale Zeitschrift "Der Ring" versieht jede ihrer Ausgaben mit einer sogenannten Parole. Die Parole für das neueste Heft lautet: "Parlamentarismus ist ein organisatorisches Problem, Demokratie - ein Missverständnis."

Die Parole entbehrt nicht der Aktualität; denn soeben haben Nationalsozialisten und Deutschnationale gemeinsam verkündet, dass sie am 13. Oktober wieder den Reichstag durch ihre Gegenwart beglücken werden und Herr Hugenberg hat sich auf dem deutschnationalen Parteitag in Stettin als Verteidiger der Demokratie gegen den Reichskanzler Brüning vorgestellt.

Der Parlamentarismus ist also nach rechtsradikalen Begriffen ein organisatorisches Problem. Bei diesem lapidaren Satz kommt es darauf an, wie man ihn auffasst. Soll er besagen, dass der Parlamentarismus das Problem in sich birgt wie Nationalsozialisten und Deutschnationale in gemeinsamer Radaufreite am besten den Parlamentarismus totschiagen, oder welchen Sinn soll diese rechtsradikale Parole sonst haben?

Und dann der Satz vom Missverständnis. Wer hat missverstanden, und was? War das Missverständnis bei den Demokraten oder war es bei den Gegnern der Demokratie? Nach den Hugenbergschen Offenbarungen in Stettin muss es auf der Seite der Gegner der Demokratie gewesen sein. Denn Herr Hugenberg war so begeistert für die republikanisch-demokratische Verfassung, dass er in einem Atemzug zu ihrer Verteidigung nahezu zur Revolution aufrief, obgleich er im anderen Atemzug unser Königshaus Hohenzollern und den Kaiserstaat feierte. Was ist nun da das Missverständnis? Und schliesslich hat Herr Hugenberg seine Forderung der Diktatur mit der Voraussetzung versehen, dass sie sich selbstverständlich auf das Volk stützen müsse. Eine Tyrannis gegen den Volkswillen, so rief er aus, werde das deutsche Volk nicht ertragen. Na also, wozu der Lärm, wozu der Krakehl gegen die Demokratie?

Es war alles nur ein Missverständnis! Aber nur Geduld, es wird nicht lange dauern, dann ist das Missverständnis selbst zum Missverständnis geworden, nämlich dann, wenn die Herrschaften wieder entdecken werden, dass das Volk von ihnen nichts wissen will.

## Vom Feudalismus.

Die vorrevolutionäre Zeit lebt noch in agrarischen Gebieten und kleinen Orten weiter. Hierhin hat die soziale Umwälzung seit dem Kriegsende noch keine Wellen geschlagen. Hier gibt es noch buchstäblich Herren und Knechte, hier lebt man noch mitten im Feudalismus.

Wir haben vor uns ein kleines Zentrumslokalblatt aus dem südwürttembergischen Ort Riedlingen, also einem Organ, das von einer republikanischen Partei herausgegeben wird. Wir finden darin drei volle Zeitungsspalten, angefüllt mit einem Bericht über die Hochzeit im freiherrlich von Bodmanschen Schlosse in Zwiefaltendorf.

Dies Kulturdokument beginnt folgendermassen:

"Nachdem durch den Tod des hiesigen Herrn, Freiherrn Rudolf von und zu Bodmann, am 23. September 1926 und dessen Gemahlin Josefa, geborene Freiin von Koeth-Wandschein am 30. März 1919 dem nunmehrigen Chef der hiesigen freiherrlichen Familie, dem Freiherrn Franz von und zu Bodman und dessen Geschwistern Baroness Maria, Josefa, Sofia, Elisabeth und Baron Rudolf (jetzt 22, 25,

20 Jahre alt), die wegen ihrer Frömmigkeit und des Adels ihrer Seele allseits besonders hochverehrten Eltern allzufrühe entrissen worden waren, durften am gestrigen 1. September Schloss und Gemeinde Zwiefaltendorf mit der Vermählung der gnädigsten, ihrer ausserordentlichen Liebenswürdigkeit wegen allgemein beliebten Baroness Maria mit dem 36 Jahre alten Herrn Rittmeister und Eskadronchef Johannes Clemens Alfons Neidert in Ulm wieder einen herrlichen Freuden- und Ehrentag erleben, der für Schloss und Gemeinde unvergesslich bleiben wird.

Man liest weiterhin vom Glück der Gemeindeglieder, die heimzogen, "um in kindlichen Träumen das Glück des schönen Schlossfestes von neuem zu verkosten" vom "erlauchten Hochzeitszug", von dem "jugendlich imponierenden Grafen", dem "jugendfrischen Chef des Hauses", von den "herrlichsten Weisen der Pionierbataillionskapelle" und der Huldigung für die Ehrengäste. Nur ein Wort fehlt ausgesprochen in dem Bericht, das dennoch aus jeder Zeile hervorleuchtet: Untertanen. So tief stecken wir noch im Feudalismus!

Zur Nachahmung empfohlen.

---

In den Kreisen der Christlichsozialen in Wien ist man erbittert über den Putsch der Heimwehr in Steiermark. Der christlichsoziale Landeshauptmann von Niederösterreich Reither hat in einer öffentlichen Versammlung, entrüstet über das Treiben der Rechtsradikalen in Österreich, das folgende erklärt:

"Wir werden es uns nicht mehr bieten lassen, dass berufsmässige Hetzer aus dem Reiche zu uns kommen und hier gegen unseren Staat wühlen. Wir fordern, dass solche nationalsozialistische Agitationsreisende künftig rücksichtslos abgeschoben, oder, wenn es nicht anders möglich, hinter Schloss und Riegel gesetzt werden."

Das ist sehr verständlich. Aber was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Österreich hat ebenfalls berufsmässige Hetzer und nationalsozialistische Agitationsreisende nach Deutschland geliefert und vor allem den obersten von ihnen, Herrn Hitler. Man müsste also eine Massnahme auf Gegenseitigkeit ergreifen: Oesterreich schiebt die reichsdeutschen nationalsozialistischen Hetzer wieder nach Deutschland ab, Deutschland liefert dafür per Schub Herrn Hitler wieder nach Österreich zurück.

Das ist eine Massnahme, die schon längst nötig geworden ist!

Niedriger hängen.

---

Die Nationalsozialisten geben monatlich ein Propagandablatt unter dem Titel "Der Flammenwerfer" heraus. Es erscheint im Verlag des "Völkischen Beobachter". Diese Blätter sind eine Photographie der Dummheit, der Geistlosigkeit und der Gemeinheit der nationalsozialistischen Propaganda. Die Septemberausgabe beginnt mit folgenden Sätzen:

"Die S.P.D., die Partei des organisierten Landesverrats hat in der letzten Zeit wiederholt versucht, ihre erbärmlichen Verbrechen des Arbeiter- und Volksverrats zu beschönigen und zu vertuschen. Immer mehr Arbeiter erkennen, wie diese verkommenen widerlichen Bonzengestalten nur das eine Ziel kennen, sich von dem letzten Groschen eines zusammenbrechenden, verhungerten Arbeiterstandes zu mästen. ....Dieser Landesverrat sozialdemokratischer Lumpen wird dereinst noch seine Sühne finden."

Das ist der Ton, der in allen nationalsozialistischen Versammlungen von unreifen oder gewissenlosen Burschen angeschlagen wird, um die niedrigsten Instinkte der Anhänger aufzupeitschen. Wir hängen diese Selbstphotographie der Nationalsozialisten niedriger, um sie der allgemeinen Verachtung preiszugeben.

---

## Fernsehen - in die Nähe.

Bei Manfred von Ardenne im Laboratorium - Neues von der Arbeit der Funkpioniere

SPD. Dieses alte Haus in Berlin-Lichterfelde, im Stil vergangener Jahrzehnte als Schlosskopie erbaut, hat es sich kaum am Rohbau singen lassen, dass es dereinst ein elektrotechnisches Laboratorium beherbergen würde. Der junge Manfred von Ardenne, bekannt durch seine heute überall berühmte Dreirohr-Widerstandsempfängerschaltung und durch interessante und grosszügige Rundfunkprojekte, arbeitet hier mit der Radio A.G. Loewe an seinem Fernsehsystem. Auf der Funkschau in Berlin hatte man ja einiges vom Fernseher gehört und kennengelernt; wie die Verhältnisse tatsächlich liegen, welche Hindernisse sich der sofortigen Einführung des Fernsehens in den Weg stellen und wie sie zu beseitigen sind, das erfuhr man dort nur andeutungsweise. Manfred von Ardenne, heute in der ersten Reihe der Fernsehpiioniere, gab uns Auskunft über die wichtigsten Probleme rund um den Fernseher und über den augenblicklichen Stand der Versuche

### Debut in drei Jahren.

In der Voraussage des Datums, an dem zum ersten Mal offiziell ein regelrechtes Programm ferngesehen werden kann, ist man heute vorsichtiger geworden. Es wird wohl noch etwa drei Jahre dauern, bis Technik und Organisation zum Debut bereit sein werden. Vorderhand bemüht man sich, die einzelnen Systeme zu vervollkommen. Da ist das System von Telefunken-Karolus, das des Engländers Baird, das des Ungarn Mihaly, das des Berliners Ardenne. Das Baird und Mihaly-System beruht auf der sogenannten Nipkowschen Scheibe, einer runden, im Sender und Empfänger synchron rotierenden Platte mit spiralförmig angeordneten Löchern, die das gesendete Bild in einzelne Punkte zerlegen. Alle drei genannten, mechanisch arbeitenden Systeme haben den grundsätzlichen Nachteil, dass spätere Verbesserungen und Verfeinerungen im Fernsehen sofort einen gleichseitigen Umbau aller Empfangsgeräte erfordern würden.

Von Ardennes System arbeitet ohne mechanisch bewegte Teile mit der Braunschen Röhre, einem langen, gläsernen, gasgefüllten Kolben, dessen breites oberes Ende weiss mattiert ist und als Bildfläche in das Bildfenster des Empfängergehäuses eingebaut wird. Ein glühender Kathodendraht erzeugt einen feinen Strahl, der mit grosser Geschwindigkeit das Bildformat bestreicht und damit auf dem Fluoreszenzschirm das Bild entstehen lässt. Das geschieht so, dass die vom Sender übertragene Spannung die Intensität des Strahles entsprechend der jeweiligen Bildstruktur steuert.

### 10 - 15 000 Bildpunkte.

Man weiss, dass die Qualität eines Fernsehbildes von der Zahl der Bildpunkte abhängt, aus denen es zusammengesetzt wird. Heute kann man schon mit 10 000 - 15 000 Punkten arbeiten - einer Zahl, die ein gutes Fernsehen gewährleistet. Die technischen Schwierigkeiten des Fernsehens sind damit zu einem grossen Teile überwunden. Allerdings muss es nun möglich sein, die im Optimum erreichte Zahl von 10 - 15 000 Bildpunkten zur ständigen Norm bei drahtloser Uebertragung zu machen. Höhere Punktzahlen im Laboratorium anzustreben hätte heute keinen praktischen Wert, weil hierzu noch keine für die Allgemeinheit brauchbare Art der drahtlosen Uebertragung bekannt war.

### Ultrakurze Wellen.

Welche Wellen sind nun für Bild-Fernsendungen geeignet? Es hat sich, insbesondere durch die Arbeiten Telefunkens, herausgestellt, dass weder die langen Wellen (100 bis 2 000 Meter) noch die kurzen Wellen (10 bis 100 Meter), son-



dem ausschliesslich die ultrakurzen Wellen (unter 10 Metern) für den Fernseher in Betracht kommen. Alle anderen Wellenmengen leiden unter Störungserscheinungen, die beim Hören nicht ins Gewicht fallen, wohl aber beim Sehen. Die von Professor Esau erschlossenen ultrakurzen Wellen, ihrer Art nach ganz verschieden von den kurzen und langen, haben nur einen sehr kleinen Radius; sie bedecken nur den Bereich des optischen Lichts. Aber selbst diese Ultrakurzwellen sind nicht in der Lage, die Frequenzbänder zu übertragen, die bei äusserst feinen Bildzerlegungen entstehen. Echoerscheinungen machen eine Uebertragung von mehr als 10 000 bis 15 000 Bildpunkten bei 20 bis 25 Bildern pro Sekunde unmöglich.

#### Jeder Stadt ihren Sender.

In der Praxis wird das Fernsehen also wohl in der Art vor sich gehen, dass jede grössere Stadt und jeder Landkreis nach Möglichkeit einen eigenen Sender bekommt. Der Radius dieses Senders, der am besten auf einem Hochhaus oder einem ähnlich hoch gelegenen Punkt aufgebaut wird, ist nicht grösser als das menschliche Blickfeld bei klarstem Wetter, nämlich etwa 25 Kilometer. Jede Stadt kann damit auch ihr eigenes, lokal interessierendes Programm senden und die Bewohner von X also mit Ereignis-Berichten verschonen, die nur für die Stadt Y Bedeutung haben. Die schwierigen technischen Fragen der Fernsehsendung werden von Telefunken intensiv bearbeitet, während die Radio A.G. Loewe sich zusammen mit v. Ardenne um die Konstruktion einfacher, leicht bedienbarer und erschwinglicher Geräte mit Kathodenstrahlröhren bemüht. Der Laboriumstyp stellt sich als grosser Kasten mit einem Bildfenster und einigen Drehknöpfen dar. Erschwerend wirkt, dass am Empfänger keine Rückkoppelung angewendet werden darf. Die Rückkoppelung würde die Schärfe des Bildes im Augenblick zerstören. Die Sender müssen daher so stark sein, dass man ohne diesen vom Hörfunk her gewohnten Apparatteil auskommt.

#### Keine direkten Uebertragungen!

Was wird uns nun der Fernseher zeigen? Die direkte Uebertragung von Szenen auf der Strasse, dem Sportplatz oder gar dem Theater ist deshalb zunächst unmöglich, weil bei feinen Bildzerlegungen die Lichtverhältnisse des natürlichen Tageslichtes bei weitem nicht ausreichen. Man wird deshalb vorderhand auf Sendung gleichzeitig sich abspielender Ereignisse verzichten müssen und den Tonfilm als Mittler wählen. Im Senderraum läuft dann ein Tonfilmapparat, der mit dem Bildsender und dem Tonsender verbunden ist. Für aktuelle Berichte braucht dies nicht einmal einen grossen Zeitverlust zu bedeuten.

Soweit sich das Fernseh- und Hörprogramm nicht auf die Wiedergabe der Tagesereignisse beschränkt, wird man wohl dazu übergehen, unterhaltende Tonfilme zu senden. Hier erhebt sich die grosse Frage, ob damit nicht das Todesurteil über das Kino gesprochen werden wird. Das Theater, der Konzertsaal hat lange nicht so sehr unter der Konkurrenz des Rundfunks gelitten, wie man früher vielleicht erwartet hatte; der lebendige Eindruck ist eben für viele künstlerisch Empfindende ausschlaggebend. Aber der Fernseher hat ja nur eine ebenso "tote" Maschine zu verdrängen, den Tonfilm, den er freilich nur an Billigkeit, nicht an optischer Qualität übertreffen wird. - Aber das sind Fragen, für deren Beantwortung wir wohl noch ein paar Jahre Zeit haben werden.

Ela.

+ + +

Ferdinand Noack +. Im Alter von 66 Jahren verstarb in Berlin der Ordinarius der klassischen Archäologie an der Universität Berlin, Professor Ferdinand Noack, dessen Forschungsarbeiten wichtige Erkenntnisse über das Wesen der antiken Architektur vermittelten. Das von ihm eingerichtete Museum der Antiken-Abgüsse lässt die Entwicklung der antiken Kunst sehr anschaulich werden.

+ + +

Polizeiskandal in Schneidemühl. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Schneidemühl wurde der Leiter der dortigen politischen Polizei, Kriminalkommissar Waltz, verhaftet. Waltz steht unter Spionageverdacht. In seiner Wohnung wurden bei einer Haussuchung wichtige Spionage-Geheimakten, die seit langem spurlos verschwunden waren, versteckt aufgefunden. Dem Amtsvergehen des Kriminalkommissars kam man auf eigenartige Weise auf die Spur. Waltz erlitt bei einer Vernehmung, in der er Belastungszeuge gegen zwei ihm unterstellte Kriminalkommissare war, die der Unterschlagung von Verhandlungsgeldern beschuldigt wurden, einen Nervenzusammenbruch. Infolgedessen wurde der Staatsanwalt stutzig.

16 000 Dollar die Woche! Der englische Romanschriftsteller Edgar Wallace ist nach Hollywood abgereist. Wallace wird dort im Auftrage amerikanischer Filmgesellschaften 40 bis 50 Filmmanuskripte schreiben. Das vertraglich vereinbarte Wochenhonorar beträgt 16 000 Dollar.

Im Flugzeug zu den Zwergen. In den nächsten Tagen wird auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof der Dresdner Forschungsreisende und Sportsmann Willi Zietze mit einem dreimotorigen Fokkerflugzeug in die noch ziemlich unerforschte belgisch-afrikanische Kolonie Keuja starten. In Keuja leben noch einzelne Vertreter der "schwarzen Zwerge", die vielfach auf Bäumen wohnen. Falls möglich, soll auf Anregung des Leiters des Dresdner Zoologischen Gartens eine ganze Familie schwarzer Zweige nach Deutschland mitgenommen werden. Im Jahre 1896 sind zwei Mädchen dieses seltsamen Menschenstammes nach Europa gebracht worden.

Bluttat beim Lokaltermin. Bei einem Lokaltermin auf einem Gehöft in Bredeley bei Essen stach ein Invalide, einen Malermeister, von dem er wegen Belästigung verklagt worden war, mit dem Messer nieder. Der Kläger brach lebensgefährlich verletzt zusammen. Der Täter wurde verhaftet.

"Freundschaft" in Indien. An Bord des Junkerswasserflugzeuges "Freundschaft" sind die deutschen Flieger Bertram, Schonger und Klausmann von China aus an der indischen Küste angelangt. Bei der 8 000 Kilometer langen Reise - dem ersten Ostasienflug eines Wasserflugzeuges - flog die Maschine wiederholt über wasserloses Land, sodass im Falle eines Motordefektes keinerlei Landungsmöglichkeit bestanden hätte. U.a. hat das Flugzeug auch die berühmten Ausgrabungsstätten von Pergamon und Babylon überflogen, wo deutsche Archäologen um die Enträtselung ältester Kulturen bemüht sind.

Typhus in Gent. In einer Vorstadt Gents (Belgien) ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Mehrere Personen sind der Seuche bereits erlegen. Es wurden umfassende Hilfsmassnahmen ergriffen, um eine weitere Ausbreitung zu verhindern.

Mutterdrama. In Alschoeben (Kr. Angerburg) nahm sich die Frau eines Gastwirts den Tod ihres zweijährigen Töchterchens so zu Herzen, dass sie wenige Zeit später durch einen Revolverschuss freiwillig aus dem Leben schied.

Pleite auch in Amerika. Oberbürgermeister Cermak aus Chicago gab bekannt, dass 20 000 Gemeindeangestellte der Stadt kein Gehalt für den laufenden Monat erhalten könnten, wenn der Staat Illinois nicht die Mittel zur Verfügung stelle.

Krieg zwischen zwei Dörfern. In der Gemeinde Mroga Dolna im Kreise Brzeziny (Polen) entstand ein Grenzstreit zwischen den Bewohnern zweier Dörfer. Ueber 100 Personen beteiligten sich an dem erbitterten Kampf. Ein Bauer wurde erschlagen, viele erlitten schwere Verletzungen.



## Der kanadische Dollar.

(Rückwirkungen der englischen Krise.)

SPD. In Berlin ist am Dienstag der kanadische Dollar auf 93 Prozent der Parität gesunken, nachdem ihn bereits am Montag die New Yorker Börse mit 92 Prozent notiert hatte. Die Finanzpest hat damit auch auf Kanada übergegriffen. Dieser Kurssturz könnte an sich überraschen, weil die kanadische Währung von der englischen völlig unabhängig ist, ja sogar auf Dollar lautet. Man darf aber nicht übersehen, dass das kanadische Wirtschaftsleben mit dem englischen aufs engste verknüpft ist. Zwar musste England seine Stellung als Kapitalquelle für Kanada seit dem Kriege restlos an die Vereinigten Staaten abgeben. Während vor dem Kriege der Anteil Englands an dem in Kanada angelegten Rentenkapital 73 Prozent und der der Vereinigten Staaten 22 Prozent betrug, hatte sich bis zum Jahre 1930 das Verhältnis nahezu umgekehrt. Im Jahre 1931 stammten 61 Prozent des in Kanada angelegten Kapitals aus den Vereinigten Staaten und nur 35 Prozent aus England. Aber England ist auch heute noch das entscheidende Exportland für Kanada. Von der kanadischen Ausfuhr, die im Jahre 1930 insgesamt 1364 Millionen Dollar betrug, gingen nicht weniger als 430 Millionen Dollar nach England, also ungefähr ein Drittel, und es versteht sich von selbst, dass die Ausfuhr Kanadas nach England unter der Entwertung des Pfundes stark leiden wird. Dazu kommt, dass auch die kanadischen Forderungen an England von der Entwertung des Pfundes getroffen werden.

Fügt man hinzu, dass Kanada als ausgesprochenes Rohstoffland von der Weltwirtschaftskrise besonders stark betroffen ist und berücksichtigt man, dass bereits alle grossen Agrarexportländer ausser Kanada (Argentinien, Australien, Brasilien) eine starke Entwertung ihrer Währungen erlebten, so wird der Druck auf die kanadische Währung in dieser ausserordentlichen Situation, in der wir heute stecken, durchaus verständlich.

SPD. Aus dem Geschäftsbericht der Reichspost für das Ende März abgelaufene Rechnungsjahr 1930/31 geht hervor, dass die Verwaltung trotz der schweren Wirtschaftskrise den Verkehrsapparat ausbauen und verbessern konnte. Viel Sorgen haben natürlich die Finanzfragen gemacht. Die wesentliche Aufgabe war, den Ausfall an Einnahmen durch grösste Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten auszugleichen. Bei der Arbeitsbeschaffung hat die Verwaltung die Pläne der Reichsregierung auf allgemeine Senkung der Preise bei ihren Lieferanten nachdrücklich unterstützt. Um die Sicherheit zu haben, dass die zusätzlichen Aufträge den Arbeitsmarkt auch tatsächlich die gewünschte Entlastung brachten, wurden an die Vergebung dieser Bestellungen gewisse Bedingungen geknüpft. Bis Ende März 1931 wurden durch das zusätzliche Beschaffungsprogramm 22 000 neue Arbeitskräfte eingestellt und rund 41 600 Arbeiter weiter beschäftigt.

Wir müssen allerdings sagen, dass, ebenso wie bei der Reichsbahn, die tatsächlichen Auswirkungen der zusätzlichen Bestellungen auch bei der Reichspost im Hinblick auf den Umfang des Unternehmens mager sind. Immerhin hat man den

Versuch gemacht, die Auftragsvergebung in den Dienst der Arbeitsmarktpolitik zu stellen. Man wird sich sagen, dass dabei mehr hätte herauskommen können. Wenn das Ergebnis zu wünschen übrig lässt, ermuntert es doch, den hier gezeigten Weg ganz systematisch weiter zu gehen und die Aufträge der öffentlichen Hand ganz planmässig in den Dienst der Arbeitsmarktpolitik zu stellen.

Der Verkehr bei der Reichspost hat nach und nach in stärkerem Umfang die Krisenwirkungen zu spüren bekommen. Während der Gesamtverkehr in den Monaten April und Mai 1930 sogar noch eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr aufwies, blieben die Verkehrszahlen aller Betriebszweige, mit Ausnahme der Kraft- und Luftpost sowie des Postscheckverkehrs, mehr und mehr zurück, sodass das Gesamtjahresergebnis unbefriedigend ist. Besonders stark war die Schrumpfung des Briefverkehrs, der um 15,7 % zurückging, des Telegrammverkehrs (minus 15,5 %) und des Paketverkehrs (minus 6,2 %). Dagegen stieg die Zahl der in den Kraftposten beförderten Personen um 2,6 % und die von der Luftpost beförderten Sendungen um fast 48 %. Das Kraftpostwagennetz ist im Berichtsjahr so ausgebaut worden, dass von 674 Postämtern Ende März d.J. 1017 Landkraftposten ausgingen, von deren Verkehrsnetz rund 6,3 Millionen Landbewohner erfasst werden. Im Postscheckverkehr wurden bei rund 992 360 Konten Ende Dezember im Kalenderjahr 1930 Buchungen im Werte von 141,4 Milliarden ausgeführt. Hiervon wurden 82,4 % bargeldlos abgewickelt.

Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer hat sich auch im laufenden Jahre kräftig weiter gesteigert. Zum Schluss des Rechnungsjahres, Ende März 1931, betrug die Gesamtzahl 3 731 681 Personen, also 15,2 % mehr als im Vorjahr. Unter diesen befanden sich über 134 000 Schwerkriegsbeschädigte und Arbeitslose, denen die Gebühren erlassen waren.

Die Betriebseinnahmen stellten sich im Rechnungsjahr 1930/31 auf 2 208,2 Millionen Mark. Der Überschuss gegenüber den Ausgaben beträgt 154,4 Millionen, von denen 115 Millionen an das Reich abgeführt wurden, während der Rest dem Vermögen der Post zugewiesen wurde. In der Bilanz erhöhten sich die Anlagen von 2,71 auf 2,80 Milliarden. Hiervon entfallen allein auf das unterirdische Telegraphen- und Fernsprechnetz 895,7 Millionen. Auf der Passivseite haben sich die Anleihen um 309 auf 459 Millionen erhöht.

-----

SPD. Nach langem Hin und Her ist man sich über die Sanierung des Wikingkonzerns schlüssig geworden. Der Zusammenbruch dieses Konzerns ist ein klassisches Beispiel dafür, wohin jahrelange Kapitalfehleitungen und hemmungslose Kartellpolitik führen können. Der westdeutsche Wikingkonzern stellte eines der grössten und aktivsten Zementunternehmen in Deutschland dar. Er beherrschte das westdeutsche Zementkartell völlig. In den Glanzjahren 1926-1929, wo die Zementindustrie mit Hilfe ihres innerdeutschen Monopols enorme Gewinne scheffelte, hat der Wikingkonzern eine ungeheure Expansion durch Aufsaugung von fremden Werken und durch Errichtung grosser Neuanlagen betrieben. Obwohl die Stammwerke schon 1929/30 ihre tatsächliche Leistungsfähigkeit nicht einmal mehr zur Hälfte ausnutzen konnten, entstand im vergangenen Jahr noch das grosse Werk in Neuwied am Rhein, dessen Inbetriebnahme die Stilllegung von zwei Stammwerken des Konzerns erforderlich machte.

Die Aktionäre des Wikingkonzerns erhielten bis 1929 sozusagen garantierte Dividenden in Höhe von 10 Prozent. Der Geschäftsbericht für 1929 malte die Dinge noch in rosigen Farben. Umso grausamer ist jetzt, wo die ganze Schwere des Zusammenbruchs in Erscheinung getreten ist, das Erwachen der Aktionäre. Die Schuldenwirtschaft bei Wiking hatte einen derartigen Umfang angenommen, dass das Kapital von 20 Millionen auf 4 Millionen zusammengelegt werden musste, d.h. eine 1000 Mark-Aktie wird bis auf 200 Mark entwertet. Wahrscheinlich wären die Fol-

gen der Misswirtschaft bei Wiking noch ärger, wenn jetzt nicht eine Fusion mit dem Hauskonzern Dyckerhoff zustande gekommen und damit ein neuer Zementblock die Portland Zementwerke Dyckerhoff-Wiking A.G., gebildet wäre. Das Kapital des neuen Unternehmens wird 27 Millionen betragen, wovon auf das zusammengelegte Wikingkapital 4 Millionen, auf Dyckerhoff 17 Millionen und auf die beteiligten Banken mit ihren Forderungen 6 Millionen entfallen.

Die Werke des neuen Konzerns werden eine Leistung von 30 Prozent des gesamten deutschen Inlandsabsatzes besitzen. Ihre Leistung entspricht damit der Kapazität, welche die beiden anderen führenden Zementkonzerne der Schlesische und der Heidelberger besitzen. Allein im Westdeutschen Syndikat wird der neue Konzern rund 65 Prozent sämtlicher Verbandsquoten auf sich vereinigen. Dazu kommt noch ein Quotenanteil von über 30 Prozent bei dem Süddeutschen Verband. Allerdings sind jetzt die Zeiten für die Kartellwirtschaft schlechter geworden so dass die Wiking-Aktionäre eine grosse Enttäuschung erleben werden, wenn sie etwa hoffen, für ihre Verluste durch die künftige Verbandspolitik des neuen Konzerns entschädigt zu werden.

Die Ereignisse im Wikingkonzern liefern auch ein Beispiel zu dem Kapitel Wirtschaftsführer. Der grosse Mann im Wikingkonzern war Herr ten Hompel. Er war einer von denjenigen Wirtschaftsführern, die ein blinder Anhang nicht genug verherrlichen konnte. Jetzt hat er von den Geschädigten den Eseltritt erhalten. Diesem Herrn ten Hompel, hat man ganz offen den Vorwurf gemacht, dass eine mit ihm eng zusammen arbeitende Zementmaschinenfabrik in Münster, die den Wikingkonzern belieferte, recht gut an diesen Geschäften verdient hat und dass diese selbe Maschinenfabrik die ganze Zementindustrie, also auch den Wikingkonzern, fortgesetzt dadurch schwer schädigte, dass sie aussenseiter finanzierte und ihnen Zementmaschinen lieferte.

---

#### Berliner Viehmarkt.

---

SPD. Bei glattem Handel zogen auf dem Schweinemarkt die Preise besonders für schwere fette Tiere an. Das Angebot entsprach nicht ganz der Nachfrage. Auch auf dem Kälbermarkt konnten sich für beste und mittlere Tiere Preiserhöhungen durchsetzen. Der Hammelmarkt hatte ruhigen Handel mit nachgebenden Preisen. Bei reichlichem Auftrieb gaben auf dem Rindermarkt die Preise nach.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 59 = 60 (-), b) (240-300 Pfd.) 58-59 (56-59), c) (200-240 Pfd.) 56-58 (55-56), d) (160-200 Pfd.) 53-55 (51-54), e) (120-160 Pfd.) 48-51 (48-50). Sauen 51 (49-50). Schafe: a) 39-40 (39-41), b) 42-45 (43-46), c) 33-38 (35-40), d) 15-27 (15-30). Kälber: B7 47-54 (45-52) c) 43-52 (40-50), d) 30-40 (30-40). Kühe: a) 26-30 (29-33), b) 21-24 (23-27) c) 17-20 (18-22), d) 13-15 (14-17).

---

#### Buttermarkt.

---

SPD. Berliner Butterpreise vom 22. September. Amtliche Notierung ab Erzeuger station, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 113, abfallende Sorten 99 RM. Tendenz: ruhig.

Preisgewinne bis 2 Mark.

(Berliner Getreidebörse vom 22. September)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in fester Stimmung. Angebot an Brotgetreide beider Arten aus der Provinz lag zwar vor, jedoch waren die Forderungen zumeist erhöht. Die Mühlen und Händler zeigten Kauflust, sodass sich die Preise für prompten Weizen um eine, für Roggen um 1 bis 2 Mark befestigen konnten. Am Markt der Zeitgeschäfte lag besonders Weizen für spätere Sichten ausgesprochen fest. Aber auch der Roggen konnte Preisgewinne von ca. 2 Mark und darüber erzielen. Roggenmehl hatte zu leicht erhöhten Preisen laufendes Konsumgeschäft. Für Weizenmehl blieben die Forderungen unverändert; Hafer hatte stetige Tendenz.

	21. Sept.	22. Sept.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	209 - 212	210 - 213
Roggen	183 - 186	185 - 187
Futter- und Industrieroggen	149 - 156	148 - 155
Hafer	132 - 140	132 - 140
Weizenmehl	26,25 - 32,25	26,25 - 32,25
Roggenmehl	25,25 - 28,00	25,50 - 28,25
Weizenkleie	10,75 - 11,00	10,60 - 10,90
Roggenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50

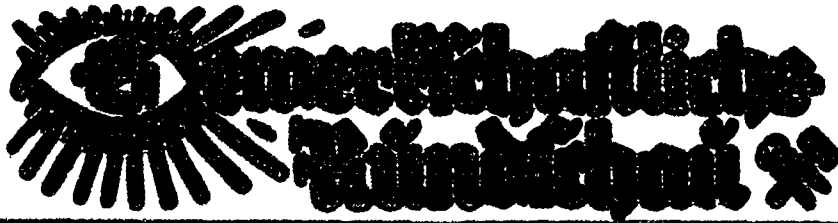
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 229 - 231, Oktober 230 - 230 $\frac{1}{2}$ , Dezember 231 - 232, Roggen September 198 $\frac{1}{2}$  - 200 - 199 $\frac{3}{4}$ , Oktober 196 - 198, Dezember 196 - 198. Hafer Oktober 148 - 149 $\frac{1}{2}$ , Dezember 150.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 22. Sept. 31)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,60 - 0,80
" " Weizenstroh	RM	0,40 - 0,55
" " Haferstroh	RM	0,50 - 0,60
" " Gerstenstroh	RM	0,50 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RM	0,60 - 0,80
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RM	0,40 - 0,55
" " Weizenstroh	RM	0,35 - 0,50
Häcksels	RM	1,25 - 1,35
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RM	1,25 - 1,55
Gutes Heu, gesund und trocken	RM	1,70 - 2,20
Luzerne, lose	RM	2,30 - 2,60
Thymothee, lose	RM	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	RM	2,20 - 2,45
Drahtgepresstes Heu	RM	0,30 über Notiz.

Tendenz: behauptet.



## Bergarbeitertragedie.

---

SPD. Es gibt kaum einen Beruf, in dem sich der Fluch kapitalistischer Wirtschaftsführung und kapitalistischer Wirtschaftsanarchie derart krass auswirkt wie im Bergbau. Millionen von Tonnen Kohle liegen auf den Halden. Man weiss nicht wohin damit. Andererseits feiern Zehntausende von Bergleuten, ohne die Hoffnung hegen zu können, jemals wieder in ihren Beruf unterzukommen. So sieht die andere Seite der Produktionsdrosselung aus.

Aber schon ehe das Drosseln der Produktion im Kohlenbergbau einsetzte, haben die Bergarbeiter ungemein harte Opfer bringen müssen. Vom 1. Januar 1930 bis zum 30. Juni 1931 wurden allein über die Belegschaft des Ruhrbergbaus 14,34 Millionen Feierschichten verhängt, um die Förderung einzuschränken. Dadurch entstand ein Lohnausfall von weit über 120 Millionen Reichsmark. Neben den Feierschichten wurden dann Zehntausende von Arbeitern entlassen. Man sehe sich nachstehende Tabelle genau an. Die bergmännische Belegschaft - das sind die ausschliesslich der Nebenbetriebe beschäftigten Arbeiter - hat betragen:

	Ruhrrevier	Oberschles.	Nieder- schles.	Sach- sen	zusam- men
Januar 1930	361 859	60 402	27 096	22 691	472 048
Juni 1931	236 752	42 808	19 469	16 553	315 582

In 1½ Jahren wurde die bergmännische Belegschaft in den genannten Steinkohlenrevieren durch Entlassungen um 156 466 Mann = 33,14 % vermindert. Unermessliche Not steckt hinter diesen Zahlen.

Arbeitslosigkeit und Feierschichten mussten aber nicht nur der Krise, sondern auch der Rationalisierung und Mechanisierung zum Opfer gebracht werden. In der Förderleistung je Mann und Schicht findet diese Tatsache ihren beredten Ausdruck.

### Förderleistung je Mann und Schicht in kg Ruhrrevier Oberschles. Niederschl. Aachen

<u>Jahresdurchschnitt</u>				
1925	945	1153	659	709
1929	1275	1377	849	951
1930	1352	1434	866	983
Juni 1931	1475	1573	877	996

Der Fördereffekt des letzten vollen Vorkriegsjahres 1931 war ebenso hoch wie derjenige von 1925. Seitdem steigt die Förderleistung unaufhaltsam aufwärts. Im Ruhrbergbau stieg der Fördereffekt je Mann und Schicht von 1925 bis Juni 1931 um 530 Kilogramm = 56,4 %, Mit anderen Worten: Nicht ganz zwei Bergarbeiter waren im Juni 1931 erforderlich, um dieselbe Fördermenge zutage zu bringen, die 1925 von drei Bergarbeitern erzielt wurde. In den anderen Revieren ist der Aufstieg ebenfalls sehr beachtlich, wenn auch nicht ganz so gross wie im Ruhrbergbau. Die Zunahme beträgt von 1925 bis Juni 1931: Oberschlesien 420 Kilo = 36,4 %, Niederschlesien 228 Kilo = 34,6 % und Aachen 289 Kilo = 40,7 %. Die Erhöhung des Fördereffektes wurde erzielt durch gesteigerte Arbeitsintensität, Rationalisierung und Mechanisierung der Kohलगewinnung und Förderung. Die Rationalisierung zerfällt in zwei Arten, in die positive und negative. Die letzte besteht im Stilllegen von Bergwerken und Nichtabbauen von weniger mächtigen bzw. ergiebigen Kohlenflözen. Für die Volkswirtschaft im

ganzen genommen, entstehen durch diese Rationalisierung nicht wieder zu ersetzende Verluste.

Ueber die maschinelle Kohlegewinnung berichten das preussische Handelsministerium und das Oberbergamt in Freiberg. Danach wurde 1926 von der Gesamtsteinkohlenförderung Deutschlands 58,1 % auf maschinellern Wege gewonnen und 1930 bereits 82,5 %. Im Ruhrbergbau war die maschinelle Kohlenförderung bereit auf 93,8 % im Jahre 1930 angestiegen. Ob durch diese Art der Kohlegewinnung die Gesteungskosten gesenkt werden konnten, ist nicht erwiesen. Sicher aber haben viele Tausende von Bergarbeitern der genommenen Entwicklung ihre Existenz zum Opfer bringen müssen.

Heinrich Löffler.

SPD. In der Zeit vom 1. bis 15. September hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 109 000 auf rund 4 324 000 erhöht. Die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten ist demnach ungefähr dieselbe wie in der zweiten Hälfte des Monats August.

Während in der Zeit vom 15. bis 31. August die Zahl der Arbeitslosen nach den endgültigen Meldungen der Arbeitsämter um rund 111 000 zugenommen hatte, stieg sie bis zum letzten Stichtag, dem 15. September, um rund 109 000 und erreichte damit einen Stand von rund 4 324 000. Seit der Anfang Juli einsetzenden Verschlechterung hat die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr kaum schneller, nämlich um rund 371 000, zugenommen als im Vorjahre (Anfang Juli bis Mitte September um rund 342 000), wobei jedoch nicht übersehen werden darf, dass der Ausgangspunkt in diesem Jahre um rund 1,3 Millionen höher liegt als im Vorjahr.

Die Belastung der von der Reichsanstalt verwalteten Unterstützungseinrichtungen hat zusammen um rund 70 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen und ist nach den vorläufigen Zählungen der Arbeitsämter in der Arbeitslosenversicherung auf rund 1 324 000, in der Krisenfürsorge auf rund 1 122 000 gestiegen; von der Zunahme zwischen Ende August und Mitte September entfallen über 42 000 Unterstützungsempfänger auf die Arbeitslosenversicherung, nicht ganz 28 000 auf die Krisenfürsorge.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt der einzelnen Bezirke und der Berufsgruppen war während der Berichtszeit nicht einheitlich. In der Landwirtschaft wirkten klimatische Verhältnisse, in mehreren Industrien saisonmäßige Einflüsse in verschiedenem Sinne auf die Entwicklung ein. An die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter wurden vielfach infolge der Zunahme kurzfristiger Beschäftigungen bedeutende Anforderungen gestellt.

Die Entlassungen aus der Landwirtschaft nach Beendigung der Halmfruchternte nahmen im allgemeinen ihren Fortgang und konnten durch die Anforderungen an Kartoffelgräbern und Rübenarbeitern bis jetzt nur in wenigen Bezirken ausgeglichen werden; das Angebot von berufsfremden und wandernden Arbeitskräften hat weiter zugenommen. Die Beschäftigung im Kohlenbergbau ist noch etwas zurückgegangen. Das Baugewerbe hat sich, vor allem infolge der Sperrung der Hauszinssteuerzuschüsse, dem Zustande des nahezu völligen Erliegens genährt. In der eisenschaffenden und der metallverarbeitenden Industrie ist fast überall ein weiterer starker Rückschlag eingetreten. Sonderkonjunkturen hatten nur einzelne Industrien, im wesentlichen wohl für das Weihnachtsgeschäft, so die Funkindustrie und die Taschenlampenfabrikation, sowie einzelne Betriebe des Kraftfahrzeugbaues und der Werftindustrie. Eine ähnliche Sonderkonjunktur war in der Möbelindustrie zu beobachten, während die anderen Berufsarten des Holz- und Schnitzstoffgewerbes zahlreiche Zugänge an Arbeitslosen zu verzeichnen hatten. Im Spinnstoffgewerbe überwogen in den meisten Zweigen die Entlassungen nur die Leinenindustrie und vereinzelt auch die Wollindustrie konnten den Beschäftigungsgrad etwas verbessern. Die Berufe des Nahrungsmittelgewerbes er-



en teils durch das bevorstehende Weihnachtsgeschäft, teils durch die ein-  
zuzende Kompagne der Zuckerindustrie eine gewisse Entlastung, jedoch im gerin-  
geren Masse als im Vorjahr. Am Arbeitsmarkt für Angestellte hat nach dem jetzt  
vorliegenden Sonderberichten für Juli und August die Zahl der Bewerber er-  
heblich zugenommen; in grösserer Zahl finden sich darunter Personen, die früher  
selbständig berufstätig waren.

---

SPD. Der Deutsche Textilarbeiterverband erzielte bei der Betriebsratswahl  
in der zum Nordwollekonzern gehörenden Kammgarnspinnerei Delmenhorst einen  
starken Erfolg. Gelbe, Christen und die kommunistische RGO kämpften gemeinsam  
gegen die freien Gewerkschaften. Alle erdenklichen Verleumdungen wurden ausge-  
kramt. Der erhoffte Erfolg ist ausgeblieben. Von den 14 Sitzen im Arbeiterrat  
erhielt der Deutsche Textilarbeiterverband 11 Sitze. Auf die Gelben, Christen  
und Kommunisten entfiel je ein Sitz. Im Betriebsrat wird der Deutsche Textil-  
arbeiterverband mit 10 Kollegen und Kolleginnen vertreten sein. Christen, Gelbe  
und Kommunisten stellen je einen Vertreter. Auf den Deutschen Textilarbeiter-  
verband entfielen 878 Stimmen, auf die Gelben 114, die Christen 102 und auf  
die Kommunisten 88 Stimmen. Hätte die RGO keine Liste eingereicht, dann wären  
nur Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes gewählt worden. Aber es  
fehlten dem Deutschen Textilarbeiterverband nur drei Stimmen - und die Kommu-  
nisten wären leer ausgegangen.

---

SPD. Die Reichspost ist dazu übergegangen, solche verheirateten Beam-  
tinnen, die auf Kündigung angestellt waren, zu kündigen, wenn sie durch ihre Ver-  
heiratung versorgt sind. Dabei wird selbstverständlich von der Entlassung nur  
soweit Gebrauch gemacht, als die Existenz des Ehemannes ein hinreichendes Aus-  
kommen bietet. Die Post will so Posthelfer und Helferinnen, die oft Ernährer  
ganzer Familien sind, möglichst lange im Dienst halten.

Soweit die Pläne der Reichspost. Dass sich der Verkehr bei der Post unter  
Einfluss der Krise vermindert hat, ist selbstverständlich. Man darf aber von  
der Post erwarten, dass sie für ihr Teil dazu beiträgt, die Arbeitsmarkt-  
krise vor Verschärfungen zu bewahren. Im Betriebe der Postverwaltung könnten  
wir uns Massnahmen denken, die Entlassungen überflüssig machen.

---

SPD. Im Saargebiet stehen grössere Arbeiterentlassungen bevor. So hat  
die Generaldirektion der Grube Frankenholz dem Bergarbeiterverband mitgeteilt,  
dass sie gezwungen sei, 300 Bergarbeiter zu entlassen. Die Grube Frankenholz  
ist die einzige Grube, die sich nicht in Verwaltung des französischen Staates  
befindet.

---

SPD. Die Schlichtungsverhandlungen für den rheinisch-westfälischen  
Kohlenbergbau sind bis auf weiteres vertagt worden.

---